

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif.

Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile.

Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 32

Berlin, den 6. August 1932

40. Jahrgang

Das Ergebnis der Reichstagswahl

Noch nie hat man dem Ergebnis einer Reichstagswahl mit solcher Spannung entgegengesehen wie diesmal. Noch nie ist aber auch ein Wahlkampf mit solcher Erbitterung geführt worden. Es war nicht mehr nur ein Kampf der Geister. Die rohe Gewalt spielte in diesem Kampf eine große Rolle. Etwa 150 Tote und weit über tausend Verwundete sind die Opfer politischer Auseinandersetzung geworden, die in der Art, wie sie geführt wurde, ein untilgbarer Schandfleck für die deutsche Nation ist.

Am 4. Juni hat das neu berufene Kabinett Papen die Auflösung des Reichstags veranlaßt, „da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht“. Der Sinn dieser Begründung ist verstanden worden. Die Landtagswahlen haben ein starkes Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen gebracht. Die Regierung Papen hoffte, im Reichstag eine nationalsozialistische Mehrheit zu erlangen. Deshalb die Abmachungen mit Hitler, deshalb die Aufhebung des Uniformverbots, deshalb die Entfesselung eines Wahlkampfes, von dem vorauszusehen war, daß er bei der Mentalität der uniformierten Hitler-Soldaten blutige Auseinandersetzungen hervorrufen würde.

Der Wahlkampf wurde geführt im Sinne der Einschüchterung der Wähler. Die Mordtaten der SA-Banden sollten eine Atmosphäre des Schreckens verbreiten. Dazu kamen die sadistischen Drohungen der Naziführer, an denen sich sogar im Amt befindliche nationalsozialistische Staatsminister beteiligten.

Die brutale Absetzung der preußischen Minister, der die „Reinigung“ der preußischen Staatsverwaltung von republiktreuen Beamten folgte, das alles zeigte, daß der Kurs der Reichsregierung darauf gerichtet war, den Nationalsozialisten die Möglichkeit zu geben, auf legalem Wege ihre Herrschaft zu errichten.

Dieses Ziel hat die Regierung nicht erreicht. Die Nationalsozialisten haben die Mehrheit nicht erlangt. Auch unter Hinzurechnung der Deutschnationalen und ihres gesamten Anhangs ist eine rechtsgerichtete Mehrheit im neuen Reichstag nicht möglich.

Trotz aller Regierungshilfe ist der Auftrieb der nationalsozialistischen Bewegung zum Stillstand gekommen. Nicht überall; in manchen Gebieten hat ihre Stimmenzahl noch eine Steigerung erfahren, die aber kompensiert wird durch den Rückgang in anderen Gebieten. Das am stärksten hervorstechende Ergebnis der Wahl ist die starke Zunahme der kommunistischen Stimmen. Das ist die Wirkung der Papenschen Notverordnungen mit ihrem rücksichtslosen Abbau der Unterstützungen. Die gegen die kommunistische Partei gerichteten scharfen Kampfmaßnahmen der Regierung, die Drohungen mit dem Verbot der KPD, haben dieser Partei neue Wähler zugezogen.

Den schwersten Stoß in diesem Machtkampf hatte die Sozialdemokratie auszuhalten. Von rechts und links auf das härteste bedrängt, hat sich die Partei gut gehalten. Ein Vergleich der Stimmen

mit denen der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ist deshalb nicht möglich, weil die inzwischen erfolgten Landtagswahlen die rückläufige Bewegung der sozialdemokratischen Stimmen offenbart haben. Der 31. Juli hat gezeigt, daß der Tiefpunkt überwunden ist. Es geht wieder aufwärts, und die Befreiung von den politischen Bindungen wird dem Anstieg zustatten kommen.

Der alte Reichstag hatte eine knappe Mehrheit, die der Regierung Brüning das parlamentarische Leben ermöglichte. Eine solche Mehrheit weist der neue Reichstag nicht auf. Aber, und

das ist das Entscheidende, er hat auch keine Rechtsmehrheit. Die Regierung Papen hat das Urteil des Volkes herausgefordert. Am 31. Juli hat das Volk gesprochen, und dieses Urteil ist vernichtend für die Regierung Papen.

Das ist das hervorstechendste Ergebnis der Reichstagswahl. Das Volksurteil über die Regierung ist negativ ausgefallen. Aber das Volk verlangt vom Parlament positive Arbeit. Wie es ermöglicht werden kann, daß dieser Reichstag positive Arbeit leistet, das ist eine Frage, die so leicht nicht zu beantworten sein wird.

Ein Großindustrieller für Gewerkschaftsforderungen

In dieser Zeit der schwärzesten sozialen Reaktion ist es immerhin ein Ereignis, aus dem Unternehmerlager auch einmal eine Stimme der Vernunft registrieren zu können. Der Stuttgarter Großindustrielle Robert Bosch, der sich auch früher schon manchmal durch ein gewisses soziales Verständnis bemerkbar gemacht hat, wendet sich mit einer kleinen Schrift über „Die Verhütung künftiger Krisen in der Weltwirtschaft“ an die Öffentlichkeit. Obwohl durchaus von liberalistisch-kapitalistischem Geist getragen, enthält diese Schrift ein vernichtendes Urteil über das landläufige Unternehmertum von heute. Kennt es doch kein anderes Ziel als die weitere und maßlose Verelendung der Arbeiterschaft, obwohl nun auch dem blindesten Reaktionsär allmählich sichtbar geworden sein sollte, daß damit die gesamte Wirtschaft in den Abgrund gerissen wird.

Robert Bosch wendet sich mit Entschiedenheit gegen die nationalen „Autarkie“-Schwärmer, die davon phantasieren, wie glücklich die Menschen wieder leben könnten, wenn sie aus dem Zeitalter der Technik und der Weltwirtschaft nur wieder zurückspringen wollten in die „gute alte Zeit“ der volkswirtschaftlichen Abgeschlossenheit eines kleingewerblich-bäuerlichen Staates. Das würde nicht nur bedeuten, daß Deutschland „aus den Reihen der fortschrittlichen Staaten gestrichen“ wäre, sondern eine noch weitere allgemeine Verarmung als Dauerzustand. Nicht Abschaffung der Technik, sondern ihre Nutzbarmachung für eine bessere Versorgung der Menschen fordert Bosch. Aber wie ist das zu erreichen? Das Unternehmertum braucht nur Vernunft anzunehmen und zu erkennen, daß seine eigenen Interessen mit dem Wohlstand der Arbeiterschaft identisch sind, meint der Stuttgarter Großindustrielle. Das ist natürlich sehr naiv, denn es handelt sich um das Versagen eines ökonomischen Systems, dem mit noch so gutgemeinten Ermahnungen nicht beizukommen ist.

Die erste und wichtigste Folgerung aus der Entwicklung der technischen Kräfte,

die Bosch zieht, ist die, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß:

„Mit Hilfe seiner Maschinen kann der Mensch heutzutage seine Gebrauchs- und Kulturgüter erheblich rascher und müheloser erzeugen als früher. Man muß deshalb die bisher üblich gewesene Arbeitszeit herabsetzen... Man wird an Stelle der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden tägliche Arbeitszeit ansetzen müssen... Ob diese sechs Stunden täglich richtig sind, ob man nicht noch weniger lange wird arbeiten müssen, wird man immerhin in der Praxis erst erproben müssen. Man wird nach meiner Schätzung wohl eher mit weniger als 1800 Stunden jährlich auskommen, als daß man etwa 2000 Stunden brauchen würde.“

Den Leuten, die sich den Kopf darüber zerbrechen, ob denn die Arbeiter von einer Vermehrung der Freizeit überhaupt einen vernünftigen Gebrauch machen könnten, ob sie nicht vielmehr in Faulheit untüchtig und aus Langerweile unglücklich werden müßten, ruft der Unternehmer Bosch zu:

„Die Arbeiterschaft hat den soviel angefeindeten Achtstundentag ganz gut vertragen. Im Gegenteil: Zu der Zeit, als die Arbeiterschaft über die Gebühr zur Arbeit herangezogen wurde, hat sie sich auch mehr mit Fusel usw. betäubt als heutzutage.“

Verkürzung der Arbeitszeit, damit alle Menschen Arbeit finden, sagt Bosch. Jedoch sieht er auch ganz richtig, daß es nicht nur darauf ankommen kann, ein zusammengeschrumpftes Arbeitsvolumen gleichmäßiger zu verteilen, sondern daß das eigentliche Problem darin besteht, mit kürzerer Arbeitszeit eine größere Warenproduktion und bessere Versorgung der Menschen zu verbinden. Und ebenso richtig erkennt er, daß der Weg zu diesem Ziel über die Hebung der Massenkauflkraft führt. Darum fordert er von den Unternehmern

„die Erkenntnis, daß es zwecklos ist und unberechtigt, zu sagen, man soll die Handarbeiter möglichst gering entlohnen... Was soll der Unternehmer mit den Waren überhaupt machen, wenn er immer weniger Lohn auszahlen mußte? Er könnte die

Die vorläufigen Wahlergebnisse

		Mandate	Mandate am 4.6.32
Sozialdemokraten	7 951 441	133	136
Nationalsozialisten	13 741 812	229	110
Kommunisten	5 263 719	88	78
Zentrum	4 487 602	76	69
Deutschnationale	2 175 348	37	42
Deutsche Volkspartei	435 826	7	27
Wirtschaftspartei	146 730	2	21
Deutsche Staatspartei	371 334	2	16
Bayerische Volkspartei	1 179 721	20	19
Deutsches Landvolk	91 316	1	16
Christlich-Sozialer Volksdienst	364 634	2	14
Volksrecht	38 788	-	-
Sozialistische Arbeiterpartei	73 482	-	6
Andere Parteien	365 028	4	23
Insgesamt	36 686 781	601	577

Waren doch nicht selbst verbrauchen. Er muß doch im Arbeiter, im Erzeuger auch den Verbraucher sehen und pflegen.

In der Tat gehört nicht viel dazu, um die Logik dieser „gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie“ auch vom Unternehmerstandpunkt aus begreifen zu können. Bosch meint, weil diese Logik doch so zwingend sei, wäre es von den Arbeitern ganz falsch, in den Unternehmern ihre Feinde zu sehen. Darum müßten sie — die Klassenkampfdäe aufgeben. Als ob das Unternehmertum in seiner Gesamtheit sich auch nur einen Augenblick um die Eingebungen dieses einen weißen Raben kümmerte. Ist nicht bereits das Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft unter Ausnutzung der ungeheuren Arbeitslosigkeit auf einen Stand heruntergedrückt, auf dem das Einkommen nur gerade noch notdürftig für Ernährung und Wohnung ausreicht? Ist nicht bereits nahezu alle Kaufkraft der Arbeiter für industrielle Güter vernichtet, und fordern die Unternehmer nicht trotzdem unausgesetzt noch weiteren Lohnabbau?

Wir sind gerecht genug, diesen Irrsinnigen Zustand nicht ausschließlich der Niedertracht und Dummheit der Unternehmer zuzuschreiben, sondern dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Dieses zu beseitigen, ist der Sinn des Klassenkampfes, der keine Erfindung der Arbeiter ist, sondern ein gesellschaftlicher Zustand, der nur eine Seite des kapitalistischen Systems selbst ist. Doch zu dieser Erkenntnis kann sich allerdings auch Herr Bosch nicht aufschwingen. Von der sozialistischen Wirtschaftsordnung, oder vielmehr, was er dafür hält, will er nichts wissen, denn er glaubt,

„daß wir auf unserer Erde die Menschen nicht haben, die man braucht, um ein sozialistisches Staatswesen führen zu können. Wer mit ansehen muß, wie die meisten Menschen, ohne Unterschied des Standes und der politischen Überzeugung, lediglich darauf ausgehen, sich die Taschen zu füllen, der wird auch zugehen, daß die Menschen kaum geeignet sind, lediglich aus innerem Antrieb, aus Verantwortungsbewußtsein und Gemeinsinn ihre Pflicht zu tun.“

Wenn man den Großindustriellen Bosch fragen wollte, wie er es trotzdem fertigbringt, in seinem eigenen Betriebe die Menschen daran zu hindern, sich die Taschen zu füllen, wie er sie zu verantwortungsbewußter Betriebspflicht zwingt, dann würde er wohl antworten, daß dies durch eine entsprechende Betriebsorganisation und Kontrolle erreicht würde. Warum sträubt er sich, zu begreifen, daß in einer planvollen sozialistischen Ordnung ebenfalls, und zwar einschließlich der Betriebsleitungen, dem menschlichen Drange zum Egoismus gesteuert werden kann? Und wenn man schon so pessimistisch über die Natur der Menschen denkt wie Bosch, wie kann man sich dann einbilden, durch den bloßen Appell an eine gar nicht vorhandene Moral die Verhältnisse ändern zu können?

Es ist die heutige Wirtschaftsordnung, die die Unternehmer immer und zuerst nach ihren Betriebsinteressen handeln läßt, selbst dann, wenn sie erkennen, daß das dem volkswirtschaftlichen Interesse zuwider ist. So dumm sind sie ja gar nicht, um nicht begreifen zu können, daß es ohne Kaufkraft keinen Warenabsatz, ohne Absatz keine Produktion geben kann. Aber jeder einzelne Unternehmer sieht seine Gewinnchance darin, daß er etwas billiger als seine Konkurrenten produzieren oder etwas teurer als sie verkaufen kann. Und wenn ihm gar beides gelingt, ist er der Tüchtigste in seinem Fach. Jeder begreift, daß höhere Löhne und niedrigere Preise für die Gesamtwirtschaft nützlich wären. Das beeinträchtigt aber nicht im geringsten die weitere und entscheidende Überlegung, daß in jeder Situation für den eigenen Betrieb niedrigere Löhne und höhere Preise eben doch noch vorteilhafter sind.

Darum haben die Darlegungen Boschs nur den Erkenntniswert, daß die furchtbare Not unserer Zeit leicht behoben werden könnte, wenn es gelänge, die vorhandenen technischen und produktiven Kräfte der Produktion dienstbar zu machen. Dahin führt aber nur ein Weg, nämlich die Umwandlung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft in ein sozialistisches Wirtschaftssystem der Bedarfsdeckung. F.T.

Die Gelben wittern Morgenluft

Von dem neuen Kurs erwarten auch die Gelben einen Antriebs. Es hat bei ihnen große Befriedigung erregt, daß der Arbeitsminister Schäffer bei seinem Amtsantritt auch Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine empfangen hat, während alle früheren Arbeitsminister den amtlichen Verkehr mit den Gelben abgelehnt haben. Die Erwartung, daß mit ihrem Empfang durch den Reichsarbeitsminister auch ihre Tariffähigkeit anerkannt sei, hat sich allerdings nicht verwirklicht. In einem in der Presse veröffentlichten Schreiben, das eine Antwort auf eine positiv gestellte Frage ist, verweist Minister Schäffer darauf, daß er nach geltendem Recht nicht befugt sei, eine bindende Entscheidung über die Tariffähigkeit der Gelben zu fällen. Er müsse die Entscheidung den mit der Anwendung der Gesetze betrauten Stellen überlassen.

Dieser Bescheid läßt den Gelben immerhin einige Hoffnung. Um so mehr, als nun auch von Unternehmenseite der „wirtschaftsfriedlichen“ Bewegung der Gelben eine starke Förderung zuteil wird. Hierbei verdient der „Holzmarkt“ des Herrn Fernbach besondere Erwähnung. Vor etwa fünf Jahren hat Herr Fernbach bereits eine Aktion gegen unseren Verband unternommen. Damals führte er seinen Feldzug unter der Parole: „Los von der Organisation.“ Die Unternehmer sollten aus ihren Verbänden austreten und die Arbeiter auch. Ohne organisatorische Bindung würden Unternehmer und Arbeiter viel leichter miteinander einig werden. So wie damals, so empfiehlt Herr Fernbach auch jetzt wieder den Unternehmern, seine Artikel zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen. Aber er verzichtet heute auf den Versuch, den Arbeitern weiszumachen, daß auch die Unternehmer ihre Organisation verlassen würden, wenn die Arbeiter ihrem Verbandsuntreu würden, er beschränkt sich jetzt auf die Propaganda für gelbe Werkvereine.

Den Unternehmern wird empfohlen, die patriarchalische Maske aufzusetzen. Sie sollen sich bemühen, ihre Arbeiter auch geistig zu beeinflussen. Der Unternehmer soll ihnen Lektüre zuleiten, aber in sorgfältiger Auswahl. „Man muß da sehr sorgfältig und überlegt vorgehen, fast so sorgsam, wie man für seine Töchter Lektüre wählt oder von ihnen fernzuhalten sucht.“

Im gleichen Atemzuge heißt es dann weiter: „Der Arbeiter ist viel überlegter und urteilsfähiger, als man es im allgemeinen glaubt.“ Das ist ein wahres Wort. Deshalb ist auch nicht zu befürchten, daß sich denkende Arbeiter in den Leimruten verfangen, die ihnen nach den Anweisungen des Herrn Fernbach gelegt werden sollen. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter beruht auf Leistung und Gegenleistung. Wenn der Unternehmer plötzlich ein Interesse für das Privatleben des Arbeiters bekundet, wenn er ihn mit Lektüre versorgt, um seine Gedankenrichtung zu

beeinflussen, dann empfindet der Arbeiter ein instinktives Mißtrauen. Er sucht nach den Gründen für dieses Verhalten, und erkennt dann leicht, was hinter der freundlichen Maske steckt.

Der „Holzmarkt“ will aber auch praktisch zeigen, wie man gelbe Werkvereine gründet. Dazu hat er einen Herrn Souchon als Mitarbeiter gewonnen. Dessen Gedanken hält er für so wertvoll, daß er den Unternehmern empfiehlt, auch eine Stunde Arbeitszeit nicht zu verschwenden, um den Artikel den Arbeitern vorzulesen und mit ihnen darüber zu sprechen.

Man kann die Gedankengänge des Herrn Souchon dahin zusammenfassen, daß es vor allem darauf ankommt, den Arbeiter mit Redensarten besoffen zu machen und ihm den Glauben beizubringen, daß zwischen den Interessen des Unternehmers und denen des Arbeiters eitel Harmonie bestehe. Der Unternehmer hat Anspruch auf Gewinn. Wenn er solchen nicht erzielt, wird er den Betrieb schließen, denn, so führt Herr Souchon aus, „man kann von ihm nicht verlangen, daß er sich und seine Familie zugunsten seiner Arbeiter aufopfert und seinen Besitz verliert.“ So weit so gut.

Aber wie steht es mit dem Recht des Arbeiters? Die Höhe seines Lohnes muß sich der Preishöhe anpassen. Also wird die Lohnhöhe vom Unternehmer bestimmt. Ob der Lohn ausreicht, den Arbeiter und seine Familie zu ernähren, darum kann sich der Unternehmer nicht kümmern. Er setzt den Preis der Erzeugnisse im Hinblick auf die Konkurrenz fest, und nach dem Preis richtet sich der Lohn. Der Arbeiter kann ja durch „Leistungslohn und Mehrarbeit“ sein Einkommen steigern und damit dem Unternehmer die Möglichkeit gehen, zwecks Unterbietung der Konkurrenz die Löhne noch weiter zu senken.

Die Hauptsache ist, daß sich die Arbeiter von der Gewerkschaft lossagen. Die Kosten für Streiks und Aussperrungen und für die Gewerkschaftsbeiträge spart man im Werkverein und durch den Werktarif. Man braucht dann kein Arbeitsgericht und keinen Schlichter, denn „alle Entscheidungen treffen die Werkangehörigen unter sich.“ Darüber hinaus gewährt der Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine, in dem alle Werkvereine zusammengeschlossen sind, seinen Mitgliedern Rechtsschutz, Krankenschutz, Krankenhilfe und Invalidenrente.

Also doch wieder ein Verein mit Beiträgen und Syndizi und Sekretären? Ja, du dummer Kerl von Arbeiter, der eingeseift werden soll, aber es besteht doch ein großer Unterschied. In der Gewerkschaft sammeln sich die Arbeiter, um im Vertrauen zu der Kraft, die ihnen der Zusammenschluß gibt, die Arbeiterrechte wahrzunehmen. Durch die Gewerkschaft werden die Arbeiter eine Macht, die mit dem Unternehmer auf gleichem Fuße verhandelt und bei der Regelung der Arbeitsbedingungen ein Wort mitspricht. Im

gelben Werkverein verzichtet aber der Arbeiter auf Menschenrecht und Menschenwürde. Er begibt sich freiwillig in die Sklaverei, und er ist dankbar für den Knochen, den ihm der Unternehmer von seinem Tisch zuwirft.

Wie im Werkverein die Rechte zwischen Unternehmer und Arbeiter verteilt werden, zeigt das Muster eines Werkvertrages, das der „Holzmarkt“ abdruckt. Da ist ein Lohnsatz festgelegt, aber wenn bei einzelnen Aufträgen die Konkurrenzfähigkeit gefährdet ist, können mit dem Vorstand des Werkvereins niedrigere Löhne vereinbart werden. Und so ist es auch an anderen Stellen, wo der „Vertrag“ abweichende Regelungen zuläßt. Werkverein und Firma verzichten gegenseitig auf Streikrecht und Recht der Aussperrung. Aber das Arbeitsverhältnis kann jeden Tag gelöst werden. Dabei genießen langjährig Beschäftigte einen Kündigungsschutz, Arbeiter mit zwanzigjähriger Beschäftigung können erst nach zweiwöchiger Kündigung entlassen werden.

„Zweifelloos ist die heutige Zeit für die Gründung von Werkvereinen günstig“, sagt der gelbe Syndikus Souchon. Er rechnet offenbar damit, daß die langwierige Hungerkur, der man die Arbeiterschaft unterworfen hat, viele Arbeiter so zermürbt und entnervt hat, daß sie ihren Peinigern aus der Hand fressen. Aber die Herrschaften sollen sich nicht täuschen. Druck erzeugt Gegendruck. Klassenbewußtsein und Klassensolidarität sind trotz der furchtbaren Not in der deutschen Arbeiterschaft lebendig, und der Wahnspruch der im Mittelalter um ihre Freiheit kämpfenden Friesen findet in der Arbeiterschaft auch heute noch Widerhall: Lieber tot als Sklav!

Die Arbeitslosigkeit steigt

Schneller noch als im vorigen Jahre ist der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Juli um rund 16 000 auf 5 492 000 gestiegen. Diese Nachricht wirkt alarmierend. Unter normalen Verhältnissen tritt zu dieser Jahreszeit noch eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Aber nicht nur, daß die jahreszeitliche Entlastung in diesem Jahre weit schwächer war als in einem früheren Jahre, ist auch der Umschwung früher eingetreten. Diese zahlenmäßigen Feststellungen zeugen von dem furchtbaren Ausmaß der Krise und berechtigen zu den schlimmsten Befürchtungen für den kommenden Winter.

Dabei geht aber die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenunterstützung wie in der Krisenunterstützung andauernd zurück. In der Arbeitslosenunterstützung hat sich die Zahl der Unterstützten um 66 000 vermindert auf 875 000 am 15. Juli, in der Krisenunterstützung um 54 000 auf 1 490 000. Dagegen wird die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf 2,2 Millionen geschätzt. Das ist eine Folge der rigorosen Bestimmungen, welche die Beschäftigungslosen schon nach sechs Wochen von der Arbeitslosenunterstützung ausschließt und die Krisenunterstützung von der Bedürftigkeitsprüfung abhängig macht.

Die Zahlen der Arbeitsämter geben aber bei weitem nicht die volle Zahl der Arbeitslosen. Das Institut für Konjunkturforschung nimmt an, daß außer den 8 1/2 Millionen von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitslosen noch eine „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ vorhanden ist, deren Umfang nicht genau zu bestimmen ist, aber zwischen einer und zwei Millionen liegt.

Statt der Wirtschaftskatastrophe durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung entgegenzuwirken, hat man politische Schwächen heraufbeschworen, welche die Hoffnung auf eine Belebung der Wirtschaft vollends erschlagen. Das zur Ausführung reife Projekt der Regierung Brüning, durch welches immerhin 600 000 Arbeiter Beschäftigung finden sollten, bleibt unausgeführt. Die Regierung Papen hat statt dessen ein sehr viel bescheideneres Arbeitsbeschaffungsprogramm entworfen, mit dessen Durchführung bereits begonnen wurde. Durch ihr von dem so lebhaft geordneten freiwilligen Arbeitsdienst eine merkbare Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zu erwarten.

Werbe



für
Deinen Verband

Aus dem Verbandsleben



Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das erste Vierteljahr 1932

Einnahmen	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen		Ausgaben	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Beitrittsgeld zu 100 Pf.	438,—	—	—	—	Für Streiks und Aussperrungen	5 556,10	158,—	—	—
" " 50 Pf.	68,—	—	—	—	Lohnverhandlungen	2 551,74	—	3 264,02	—
" " 10 Pf.	31,20	—	—	—	Arbeitslosenunterstützung	803 668,92	—	—	—
Beiträge zu 160 Pf.	17 328,—	—	—	—	Krankenunterstützung	62 779,97	—	—	—
" " 150 "	7 860,—	—	—	—	Invalidenunterstützung	140 242,55	—	—	—
" " 140 "	39 571,—	—	—	—	Reiseunterstützung	578,05	—	—	—
" " 130 "	33 195,50	—	—	—	Umzugsunterstützung	1 713,—	—	—	—
" " 120 "	55 714,80	—	—	—	Notfallunterstützung	2 268,—	33 780,52	—	—
" " 110 "	42 680,—	—	—	—	Unterstützung in Sterbefällen	18 068,50	—	—	—
" " 100 "	78 424,—	—	—	—	Gemaßregeltenunterstützung	393,85	—	—	—
" " 90 "	50 182,20	—	—	—	Rechtsschutz und Prozeßkosten	5 358,59	—	—	—
" " 80 "	65 536,80	—	—	—	„Holzarbeiter-Zeitung“	63 282,14	—	—	—
" " 70 "	48 317,50	—	—	—	„Holzarbeiter-Jugend“	3 778,50	—	—	—
" " 60 "	36 468,—	—	—	—	„Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	561,93	—	—	—
" " 50 "	28 882,50	—	—	—	Bibliotheken	969,03	—	—	—
" " 40 "	12 386,—	—	—	—	Agitation und Bezirkskosten	20 052,05	32 154,21	—	—
" " 30 "	11 602,50	—	—	—	Agitation durch die Gauvorstände	68 217,65	—	—	—
" " 20 "	137,80	—	—	—	Druck- und Buchbinderarbeiten	6 606,90	13 610,44	—	—
" " 10 "	8 170,40	—	—	—	Konferenzen und Delegationen	564,70	—	—	—
Invalidenbeiträge	71 643,85	—	—	—	Verwaltungskosten (persönliche)	61 600,57	185 033,88	—	—
Lokalbeiträge	—	217 224,25	—	—	(sachliche)	23 891,42	71 477,77	—	—
Lokalbeiträge nach § 15 des Statuts	—	93 567,30	—	—	Einkassierung der Beiträge	—	76 793,28	—	—
Bezirksbeiträge	966,28	—	—	—	An den ADGB	—	26 553,22	—	—
Zinsen	225 555,67	14 918,99	—	—	An d. Internationale Union d. Holzarbeiter	27,50	—	—	—
Sonstige Einnahmen	4 723,66	39 700,02	—	—	Für Bezirksbeiträge	—	966,28	—	—
Ausgleich	80 949,76	149 225,61	—	—	Versicherungsbeiträge	19 459,24	—	—	—
Gesamteinnahmen	920 833,42	514 636,17			Unkosten im Bankverkehr	4 071,56	—	—	—
					Zinsen	83 639,—	—	—	—
					Sonstige Ausgaben	2 302,36	6 614,34	—	—
					Ausgleich vom vorigen Vierteljahr	81 498,40	127 600,29	—	—
					Gesamtausgaben	1 483 702,22	578 006,25		

Abschluss:

	Verbandskasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen	920 833,42 Mk.	514 636,17 Mk.
Gesamtausgaben	1 483 702,22 "	578 006,25 "
Mehrausgaben	562 868,80 Mk.	63 370,08 Mk.

Der Kassierer: Emil Lehmann.
 Geprüft und für richtig befunden.
 Berlin, den 13. Juli 1932.
 Die Revisoren:
 Hermann Urban, Franz Lowack, Theodor Miermeister.

Zur Abrechnung vom ersten Vierteljahr 1932

Die Mitgliederzahl betrug:

im 4. Vierteljahr 1931	im 1. Vierteljahr 1932
235 988 Männliche	228 120 Männliche
15 644 Weibliche	14 543 Weibliche
5 232 Jugendliche	4 852 Jugendliche
12 278 Lehrlinge	10 814 Lehrlinge
Insges. 269 142 Mitglieder	Insges. 258 329 Mitglieder

Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 7868, die der weiblichen um 1101, die der jugendlichen um 380 und die der Lehrlinge um 1464. Die Gesamtmitgliederzahl ging im ersten Vierteljahr um 10813 zurück. Neu aufgenommen wurden 438 männliche, 98 weibliche und 38 jugendliche Mitglieder sowie 312 Lehrlinge, insgesamt 886 Mitglieder. Als Beitrittsgelder wurden 537,20 Mk. vereinnahmt.

Die Einnahme aus Beiträgen für die Hauptkasse ohne Inval.-Zuschlag betrug 536 457,— Mk. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung blieb um 162 584,35 Mk. gegen das vorausgegangene Vierteljahr zurück. Da die Zahl der Unterstützungsempfänger erheblich höher geworden ist, ist der Rückgang in der ausgezahlten Summe lediglich auf die Senkung der Unterstützungssätze zurückzuführen. In dem gleichen Verhältnis verringerte sich

die Ausgabe für die Krankenunterstützung. — Für Invalidenunterstützung wurden im ersten Vierteljahr 1932 140 242,55 Mk., gegen 26 182,30 Mk. im vierten Vierteljahr 1931 ausgegeben. Der Rückgang der Gesamtsumme ist auch in diesem Falle auf die Senkung der Unterstützungssätze zurückzuführen. Ausgegeben wurden für Unterstützungen insgesamt 943 179,27 Mk., während die Gesamteinnahme nur 839 883,66 Mk. betrug.

christlicher Holzarbeiter teil. Der Zweck der Veranstaltung war es, Propaganda zu machen für die Beschäftigung der einheimischen Betriebe. „Dortmunder Geld für Dortmunder Arbeit — Dortmunder Arbeit für Dortmunder Arbeiter“, war die Devise der Tagung. Das Ergebnis war eine einstimmig angenommene Entschließung, in welcher an die Behörden, Siedlungsgesellschaften, privaten Bauherren und alle Bürger appelliert wird, mit der Erteilung von Aufträgen nicht zurückzuhalten und für die Ausführung Dortmunder Betriebe heranzuziehen.

Ob diese Kundgebung den gewünschten Erfolg haben wird, muß man abwarten. Große Hoffnungen werden sich auch die Beteiligten wohl kaum machen. Es ist verständlich und berechtigt, wenn insbesondere von den örtlichen Behörden und darüber hinaus von allen Auftraggebern gefordert wird, daß sie ihre Aufträge am Ort vergeben und für die Beschäftigung einheimischer Arbeiter sorgen, sofern diese Aufträge am Ort gut und preiswert ausgeführt werden können. Der Grundsatz, daß nur das einheimische Gewerbe für den örtlichen Bedarf beschäftigt werden darf, läßt sich aber allgemein heute nicht mehr durchführen, er ist auch selbst in der Blütezeit der Innungen nicht durchgeführt worden. Noch viel weniger, als Deutschland als Autarkie bestehen kann, kann sich eine einzelne Stadt für die Befriedigung ihres Bedarfs selbst genügen. Die industrielle Entwicklung bringt es mit sich, daß zahlreiche Betriebe darauf angewiesen sind, ihre Erzeugnisse außerhalb des Herstellungsorts im Inland und Ausland abzusetzen. Für die Gemeinden, die sich darauf einstellen wollten, nur einheimische Erzeugnisse zu verwenden, könnten sich daraus recht unerwünschte Konsequenzen ergeben.

Die Vertragsbewegung im Holzgewerbe

Bayern

In den am 4. Juli vor dem Landeschlichter geführten Verhandlungen wurde, wie wir berichtet haben, mit Zustimmung der Parteien ein bindender Spruch gefällt, der den Ecklohn auf 86 Pf. festsetzt. Dieser Spruch gilt für die an den Verhandlungen beteiligt gewesenen Innungen, die sich dort durch den Landesverband bayerischer Schreinermeister vertreten ließen. Der Arbeitgeberverband war an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Er ließ in den Betrieben seiner Mitglieder durch Anschlag verkünden, daß ab 16. Juli der Spitzenlohn nur noch 84 Pf. betrage. Als unsere Kollegen mit Arbeitseinstellung drohten, griff der Landeschlichter ein. Unter seiner Leitung fanden am 22. Juli Verhandlungen in Nürnberg statt, die aber zu keiner Verständigung führten. Der Arbeitgeberverband glaubte, daß die ihm angeschlossenen größeren Betriebe den Lohn nicht zahlen könnten, der mit den Innungsbetrieben vereinbart ist. Da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, hat am 25. Juli die Belegschaft der Firma Wunderlich in Fürth die Arbeit eingestellt. Etwa 50 Kollegen stehen im Streik.

Rheinland-Westfalen

Der im Anschluß an die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium gefällte verbindliche Schiedsspruch bezog sich nur auf den Verein der Holzbearbeitungsfabrikanen im Industriegebiet. Der Rheinisch-westfälisch-lippische Tischlerinnungsverband hatte seine Zustimmung zur Fällung eines

verbindlichen Spruches nicht gegeben. Mit ihm wurde am 20. Juli noch einmal verhandelt mit dem Ergebnis, daß der Schiedsspruch mit geringfügigen Änderungen zum Tarifvertrag erhoben wurde. Der Spitzenlohn wurde wie im Schiedsspruch auf 86 Pf. festgesetzt.

Braunschweig

Nach längeren Verhandlungen ist mit der Tischler-Zwangsinnung in Braunschweig ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Am 19. Juli fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der unter Zugrundelegung des Landestarifvertrages für Lippe eine Reihe von Änderungen enthält. Dieser Mantelvertrag soll bis 31. Oktober 1933 gelten. Der Lohnschiedsspruch setzt den Tariflohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter auf 83 Pf. fest, kündbar zum 31. Dezember 1932. Es fanden dann noch Besprechungen zwischen den Parteien statt, die mit der Annahme des Spruches endeten, der nunmehr in Kraft getreten ist.

Lohnvereinbarungen in Pommern

Mit der Tischler- und Drechslerinnung in Kolberg wurde am 18. Juli eine Vereinbarung getroffen, welche den Durchschnittslohn des Facharbeiters über 22 Jahre auf 78 Pf. festsetzt, erstmalig kündbar zum 30. September 1932. — Eine mit dem Verband der Holzindustriellen für den Kreis Uckermark getroffene Vereinbarung setzt den Lohn der Tischler in Torgelow und Uckermark auf 73 Pf. fest. Für die Sägereiarbeiter in Eggesin, Hammer, Torgelow und Uckermark wurde der

Lohn auf 50 Pf. festgesetzt. Beides mit Wirkung bis 31. Dezember 1932. — Mit der Firma Heinrich Schröder u. Co. Fabrik in Kallies, wurde unter Mitwirkung des Schlichters am 23. Juli eine Vereinbarung getroffen, durch welche die seitherigen Stundenlöhne ab 1. August um 1½ Pf. gesenkt werden. Die Vereinbarung gilt bis 30. September.

Säger in Oberbayern und Schwaben

Auf Grund der ihm von den Parteien erteilten Vollmacht fällt der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in München am 21. Juli einen Schiedsspruch, nach welchem ab 1. August der Spitzenlohn in München 73 Pf., in den übrigen fünf Ortsklassen 70, 63, 58, 53 und 48 Pf. beträgt. Dieser Tarif kann erstmals zum 28. Februar 1933 gekündigt werden.

Parkettleger in Dresden

Mit dem Reichsschutzverband der deutschen Parkettgeschäfte ist am 25. Juli eine Vereinbarung getroffen worden, welche den Tariflohn für Parkettleger ab 14. Juli auf 1,22 Mk., ab 15. September auf 1,17 Mk. festlegt. Diese Vereinbarung ist zum 31. Dezember 1932 erstmalig kündbar.

Gemeinschaftsarbeit

Über eine gemeinsame Kundgebung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Dortmunder Holzgewerbes wird in der Lokalpresse berichtet. An dieser Kundgebung nahmen Mitglieder der Tischlerinnung sowie des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Zentralverbandes

Bei alledem ist es verständlich, wenn die Berufsangehörigen dafür eintreten, daß, wo die Möglichkeit dafür gegeben ist, das einheimische Gewerbe in erster Linie berücksichtigt wird. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß sich die Unternehmer und die Arbeiter des gleichen Berufes gemeinsam dafür einsetzen, daß dem Gewerbe Aufträge zugeführt werden. Daran sind beide Parteien interessiert und sie können zusammenarbeiten, unbeschadet des grundsätzlichen Gegensatzes, der zwischen ihnen besteht. Unseren Kollegen in Dortmund wünschen wir bei den gemeinsamen Bemühungen mit der Innung, Aufträge heranzuziehen, den besten Erfolg.

Lambrecht

Aus unserer schönen Pfalz ist leider nichts Erfreuliches zu berichten. Auch wir leiden hier furchtbar unter der Krise, sind doch die Mitglieder unserer Verwaltungsstelle mit ganz wenigen Ausnahmen arbeitslos. Die große Mehrzahl der Kollegen hält trotz der großen Not unerschütterlich zum Verband. Wir wissen, daß die Arbeiterschaft völlig verraten wäre, wenn wir nicht unsere Gewerkschaften hätten. Es ist doch nicht so, daß wir von der Organisation nichts haben, wenn einer mit der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert ist. Unsere Lage wäre ohne das Wirken der Organisation noch viel schlimmer. Notwendig ist es, daß wir auch in dieser schweren Zeit zusammenhalten. Gewiß fällt manchen der Besuch der Versammlungen schwer, besonders den Kollegen, die in den Nachbarorten wohnen. Aber ganz unmöglich ist es auch für sie nicht. An alle Kollegen, die es irgend ermöglichen können, möchten wir auch an dieser Stelle die Bitte richten, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und durch die Teilnahme am Verbandsleben zu bekunden, daß sie den Sinn der Solidarität erfaßt haben und in schlimmen wie in guten Tagen treu zusammenhalten.

Mit Laffinan hinter Kinnun
 ist der 32. Wofanbauung föllig



Holzindustrie



Verluste bei der preußischen Staatsforstverwaltung?

Der preußische Forstetat, ehemals einer der bedeutendsten autonomen Einnahmetitel im preußischen Haushalt, hat seit nunmehr 1 1/2 Jahren Verluste aufzuweisen. Einen Anhaltspunkt für diese überaus unerfreuliche Entwicklung bot schon der kürzlich erschienene Geschäftsbericht für das Jahr 1930/31. Während das diesem vorangegangene Jahr nach der Haushaltsabrechnung noch mit einem Überschuß von etwa 50 1/2 Millionen Mark abgeschlossen und das diesem vorangegangene Jahr noch einen Überschuß von 78 1/2 Millionen Mark, der allerdings den Rekord der Nachkriegszeit darstellt, erbracht hatte, sah das Jahr 1930/31 einen Überschuß von nur wenig mehr als 14 Millionen Mark. Das Haushaltsjahr 1931/32, das am 31. März dieses Jahres endete, soll, soweit die provisorischen Abrechnungen der einzelnen Regierungsbezirke erkennen lassen, einen Verlust von 22 Millionen Mark erbracht haben, und für das jetzt laufende Haushaltsjahr, das ursprünglich ohne Gewinn und Verlust abschließen sollte, ist in dem berechtigten Haushaltsvoranschlag ein Verlust von 11 Millionen Mark eingesetzt. In Wirklichkeit dürfte eine Verlustminderung im Vergleich zu 1931/32 jedoch nicht eingetreten sein, denn die Aufwendungen, die üblicherweise für Zwecke der Forstkultur und des Wegebaues sowie für ähnliche Zwecke gemacht werden, sind von vornherein um mindestens 10 bis 11 Millionen Mark beschnitten worden.

In Übereinstimmung mit dem Rückgang der Holzpreise und der weiteren Verschlechterung der Absatzlage wäre der Verlust in dem jetzt laufenden Haushaltsjahr noch gestiegen, wenn die Gehaltskürzungen nicht eine wesentliche Erleichterung beim Personalaufwand gebracht hätten; man darf hierfür eine Ersparnis von 10 Millionen Mark veranschlagen. Außerdem sind nicht wenige Stellen gestrichen worden. Beides zusammen dürfte bewirken, daß der Personalaufwand im laufenden Jahr wieder ungefähr auf die Höhe der Vorkriegszeit zurückgeht. Weitere erhebliche Ersparnisse sind bei den Werbungskosten zu verzeichnen, einmal, weil die Löhne gesenkt wurden, zum andern, weil der Einschlag selbst ganz erheblich vermindert werden wird. Dagegen erscheint es mehr als zweifelhaft, ob die übrigen Betriebskosten zurückgehen; insbesondere von den sehr erheblichen Grund- und Gemeindelasten wird man dies kaum erwarten können. Wir müssen allerdings betonen, daß alles, was bisher gesagt wurde, lediglich auf die offiziellen Abrechnungen bzw. Voranschläge abgestellt ist und deshalb unter keinen Umständen auf die Geschäftslage der Forstverwaltung im engeren Sinne des Wortes bezogen werden kann. Denn obschon die Staatsforstverwaltung in ähnlicher Weise als kaufmännisches Unternehmen betrachtet werden muß wie die Preag oder die Preubag, unterscheidet sie sich von diesen industriellen Dachgesellschaften des Staates doch sehr erheblich, weil sie keine kaufmännische Erfolgsrechnung anstellt. Versucht man, sich von der Rentabilität der Staatsforstverwaltung ein Bild zu machen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß diese doch weit besser ist, als die Haushaltsrechnungen es vermuten lassen. Und zwar sind die wirklichen Überschüsse des Geschäftsbetriebes Jahr für Jahr um 35 bis 37 Millionen Mark höher gewesen, als sie in der Haushaltsrechnung ausgewiesen werden. Man wird daher auch für das laufende Haushaltsjahr keine Annehmungen dürfen, daß es bei kaufmännischer Buchungsweise, also als Geschäftsbericht gesehen, mit Verlust abschließt; selbstverständlich muß hierbei aber die Einschränkung gemacht werden, daß der nunmehr berichtigte Voranschlag

genügend Reserven auf der Einnahmeseite enthält.

Hält man sich vor Augen, daß die katastrophale Verschlechterung des Forstetats, die ja bei kaufmännischer Buchungsweise ebenso in Erscheinung treten würde wie in der amtlichen Haushaltsrechnung, im wesentlichen eine Folge der vom Reich verordneten Baudrosselungspolitik ist und die Bautätigkeit bei der betonten Feindschaft des Reiches gegen alles, was Bauen heißt, auf Jahre hinaus nicht wieder in Schwung kommen wird, so muß man damit rechnen, daß an eine Wiederkehr der früheren günstigen Verhältnisse nicht gedacht werden kann. Die Belebung, die von einer früheren Besserung des Kohlen- und Papiergeschäfts ausgehen könnte, wäre jedenfalls nicht groß genug, um das weitere Daniederliegen des Baumarktes ausgleichen zu können. Unter diesen Umständen müssen zollpolitische Pläne wieder mehr in den Vordergrund treten, und daß der Waldbesitz nur allzu gern dabei wäre, wenn die Hochschutzzollpolitik auch auf das Holz ausgedehnt würde, versteht sich bei der prinzipiell protektionistischen Einstellung dieser Kreise von selbst. Die Einführung eines Brennholzzolles und die Schaffung einer neuen Position für schwaches Rundholz gibt einen Vorgeschmack davon, was zu erwarten ist.

Angesichts der katastrophalen Schrumpfung des Bedarfs in Deutschland könnte man unter der Voraussetzung, daß in Zollfragen nicht über einen Kamm geschoren und jede größere Tarifposition unter Abschätzung der voraussichtlichen Entwicklung für sich allein betrachtet wird, über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Holzrollen heute sehr wohl reden. Es fragt sich aber, ob man sich von höheren oder neuen Zöllen überhaupt etwas versprechen kann. Diese Frage muß für sämtliche Sortimente von vornherein verneint werden, solange der Einschlag deutschen Holzes nicht geregelt ist. Denn, um das so beliebte Wort von der „Überschwemmung“ des deutschen Holzmarktes zu gebrauchen: zur Zeit wird der Markt weit mehr von inländischem Angebot als vom Ausland her überschwemmt, von einem Angebot, das mangels Bedarfs einfach keinen Absatz finden kann und den Markt daher mit Notwendigkeit belasten muß. Was nutzt es, wenn man die Einfuhr weiterhin erschwert, es gleichzeitig aber versäumt, die deutsche Produktion in Ordnung zu bringen? Zu alledem sollte nicht übersehen werden, daß die alten Zölle durch den ungeheuren Rückgang der Preise ohnehin schon ihre Wirkung ungeheuer gesteigert haben, so daß im wesentlichen nur noch solche Sortimente importiert werden, deren Bedarf aus dem deutschen Wald nicht gedeckt werden kann.

Die Frage des Brennholzzolles dürfte anders zu beurteilen sein, zumal der Import nur verhältnismäßig gering ist und dabei keine Interessen der Holzveredelungs- und Exportindustrie auf dem Spiele stehen. Überdies könnte ein Brennholzzoll der Staatsforstverwaltung in Wirklichkeit mehr nutzen als erhöhte Nutzholzzölle, weil, wie sich nunmehr schon seit Jahren zeigt, das Brennholzgeschäft viel weniger konjunkturempfindlich ist als das Nutzholzgeschäft und infolgedessen auch schon beinahe so ertragreich ist wie dieses.

Ursachen der Zusammenbrüche

Im Geschäftsbericht der Süddeutschen Holzwirtschaftsbank A.G. (Sitz München) für das Jahr 1931 ist u. a. folgendes zu lesen:

„Für eine Wiedererstarkeung des Holzgeschäftes wären an und für sich brauchbare Ansatzpunkte vorhanden: Innerhalb

der süddeutschen Holzwirtschaft haben nämlich die einzelnen Verwaltungen und Unternehmungen zwar Verluste und Ausfälle wohl nicht immer vermeiden können, ohne daß es aber aus solchen Gründen bei einer größeren Anzahl von ihnen zu einer Gefährdung des Bestandes gekommen wäre. Der bisherige Krisenverlauf ließ vielmehr erkennen, daß Schwierigkeiten und Zusammenbrüche sich vorwiegend auf solche Fälle beschränkten, bei denen fehlerhaftes, unkaufmännisches Handeln in der vorangegangenen Zeit, nicht selten auch eine verhängnisvolle Verquickung mit fachfremden Angelegenheiten, schon eine so weitgehende Unterhöhlung des betreffenden Betriebes vorbereitet hatten, daß den Erschütterungen der Krise kein genügender Widerstand mehr geleistet werden konnte. Bietet schon die Ausschaltung solcher schwachen Stellen aus dem Organismus der Holzwirtschaft für die Wiedergesundung geeignete Aussichten, so erscheinen diese noch dadurch verbessert, daß die verfügbaren Vorräte sich erheblich vermindert haben und daß infolge des niedrigen Preisstandes das geschäftliche Risiko sich entsprechend verringert hat.“

Diese Ausführungen von sozusagen holzamtlicher Stelle bestätigen, was in diesen Spalten wiederholt über die Ursachen des Zusammenbruchs vieler holzindustrieller Betriebe gesagt worden ist.

Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft

Dem uns zugegangenen Jahresbericht über Unfallverhütung im Jahre 1931 ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der versicherten Maschinenbetriebe um 290 auf 14 932 erhöht hat. Die Zahl der Handbetriebe ist um 28 auf 1360 zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich um 4 Prozent, von 91 625 auf 78 485, vermindert. Die Unfallhäufigkeit hat wieder eine Steigerung erfahren. Zwar ist die Zahl der Unfallmeldungen von 8044 auf 5815 zurückgegangen, aber die Zahl der entschädigten, also schweren Unfälle stieg von 575 auf 582 oder, auf 1000 Versicherte bezogen, von 6,3 auf 7,4. Von den Unfällen waren, wie im Vorjahr, 11 tödlich. Von den sechs gemeldeten Berufskrankheiten wurde keine entschädigt.

Der Bericht bringt die Beschreibung einer größeren Zahl bemerkenswerter Unfälle, welche die immer wieder gemachte Beobachtung bestätigen, daß bei Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften viele Unfälle vermieden worden wären. Aus dem Verzeichnis der festgestellten wesentlichsten Verstöße ist besonders erwähnenswert, daß jetzt noch, und dazu in einem neu aufgenommenen Betriebe, eine Vierkantwelle vorgefunden wurde. Falsche Sparsamkeit führt noch öfters zur Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte an gefährlichen Maschinen. Zu begrüßen ist es, daß die Berufsgenossenschaft bei Maschinenunfällen Jugendlicher stets Strafantrag gegen den Betriebsinhaber stellt. Würde schon bei verbotswidriger Beschäftigung mit empfindlichen Strafen vorgegangen, dann ließe sich wohl mancher Unfall verhüten.

Die Erkenntnis, daß die Benutzung der Schutzvorrichtungen im eigenen Interesse der Versicherten liegt, ist noch nicht allgemein durchgedrungen, immerhin ist es erfreulich, daß ein Fortschritt gegen früher festgestellt werden kann. Öfters wurde beobachtet, daß sogar festangebrachte Schutzvorrichtungen außer Betrieb gesetzt oder abmontiert wurden. Solcher Unverstand der gefährdeten Arbeiter ist bedauerlich, aufschreckend ist aber die weitere Feststellung, daß dies häufig im Einverständnis mit dem Unternehmer geschah. Erwähnt sei noch, daß der Bericht wieder einige neue Schutzvorrichtungen, insbesondere für Hobelmaschine und Kreissäge, in Wort und Bild darstellt.

Internationale Holzkonferenzen

Auf Veranlassung des Ökonomischen Komitees des Völkerbundes fand vom 25. bis 27. April dieses Jahres in Genf zwischen Regierungsvertretern verschiedener Länder eine Aussprache statt. Das Ergebnis der Beratungen war die Feststellung, daß seit längerer Zeit das Holzangebot größer sei als die Holznachfrage, was zu einem katastrophalen Sturz der Holzpreise in der ganzen Welt geführt habe. Um zu einer Wiedergesundung des internationalen Holzmarktes zu kommen, müßten die Holzexportländer ihren Holzeinschlag und damit auch die Holzexport einschränken. Das Nähere darüber sollte in einer späteren Internationalen Holzkonferenz beschlossen werden.

Diese Internationale Holzkonferenz fand vom 9. bis 12. Juni in Wien statt. Es waren Regierungs- und Unternehmervertreter aus 18 Staaten anwesend. Den Delegierten wurden etwa folgende konkrete Fragen vorgelegt: 1. Ist Ihr Land bereit, eine Einschränkung des Holzeinschlages und der Holzexport durchzuführen? 2. Ist Ihr Land bereit, sich an der Schaffung einer internationalen Holzorganisationsstelle zu beteiligen?

Diese Fragen wurden von den Vertretern aus Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Lettland, Belgien, Frankreich und der Schweiz mehr oder weniger klar mit Ja beantwortet. Der deutsche Regierungsvertreter hat nach dem „Holz-Zentralblatt“ erklärt: „Daß die Schaffung klarer Verhältnisse auf dem Holzmarkt nötig sei, darüber ist im internationalen Weltholzhandel kein Zweifel. Ob und inwieweit jedoch die einzelnen Länder Bindungen eingehen können, läßt sich momentan nicht überblicken.“ Ebenso unbestimmt wie der deutsche Vertreter äußerte sich der Finnlands. Eine klar ablehnende Antwort gaben die Vertreter Rußlands und Italiens ab.

Die Verhandlungen führten also nicht zu dem erstrebten Ziel. Sie waren aber nicht ganz ohne Erfolg. Als feststand, daß eine allgemeine Einigung nicht möglich ist, kam zwischen den Delegierten aus Österreich, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen und Lettland folgendes Übereinkommen zustande:

„Unter Bestätigung ihrer grundsätzlichen Erklärung bei der Vollversammlung der Internationalen Holzwirtschaftskonferenz in Wien beschließen die Delegationen der unterzeichneten Länder:

1. die Einleitung einer gemeinsamen Aktion zur Besserung der allgemeinen Bedingungen auf dem Gebiete des internationalen Holzmarktes,

2. eine Vereinbarung zu treffen zu dem Zweck, ihren Holzexport in dem Ausmaße zu beschränken, welches sich zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage als notwendig erweisen würde.“

In Ausführung dieser Vereinbarungen beschließen diese Delegationen weiter die Schaffung eines Ständigen Ausschusses zur Sicherung der Kontinuität der Arbeiten. Dieses Komitee wird durch jedes beteiligte Land von zwei Delegierten besetzt werden; die Betrauung der Delegation der Tschechoslowakei mit: a) der detaillierten Ausarbeitung von Vereinbarungen, die die Beschränkung der Exporte unter Berücksichtigung der durch die verschiedenen Delegationen gemachten Vorschläge zum Gegenstand haben, b) der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Statut für den Ständigen Ausschuss, c) der Einberufung der ersten Sitzung dieses Komitees.“

Ob und welche praktischen Folgen dieser Beschluß der beteiligten Länderdelegationen haben wird, bleibt abzuwarten.



Unterhaltung und Wissen



Unter dem Namen Samuel Suchende

31. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Samuel rannte in die Dunkelheit hinaus. Aber er vermochte nicht, der Kirche fernzubleiben — konnte nicht glauben, daß er auf ewig von Sankt Matthäus getrennt sein solle. Er machte kehrt, strebte von neuem der Kirche zu, blieb stehen, betrachtete, von Schluchzen gewürgt, den mächtigen Bau. Während er so dastand, hielt ein Auto vor einer Seitentür, und Herr Wygant stieg aus, betrat die Kirche. Dieser Anblick war für Samuel wie ein Schlag ins Gesicht. Hier thront nun der reiche Mann, herausfordernd, unbestraft, auf dem Ehrensitz, während er, Samuel, der Suchende, hinausgetrieben ward. Auflehnung flammte in ihm hoch. Nein, nein, er läßt sich nicht vertreiben! Er wird diese Menschen bekämpfen, bis zum bitteren Ende bekämpfen. Die Kirche gehört nicht ihnen, ist die Kirche Gottes. Und er, Samuel, hat das Recht, ihr anzugehören und in ihr die Wahrheit zu sprechen.

Als die Kirchenvorsteher in der Sakristei die Skizze eines Architekten für ein Pflegerinnenheim begutachteten, wurde laut an die Tür geklopft. Samuel erschien, wildäugig, atemlos.

„Meine Herren!“ rief er. „Ich fordere Gehör!“

Pastor Vince schnellte entsetzt auf. „Samuel Prescott!“

„Ich wurde aus der Kirche gestoßen“, fuhr Samuel fort. „Und will mich dem nicht fügen. Ich sprach die Wahrheit, gestatte keinem Verbrecher von Sankt Matthäus, mich zum Schweigen zu zwingen!“

Auch Herr Hickman sprang von seinem Sitz. „Verlassen Sie sofort die Sakristei!“ gebot er.

„Ich werde nicht gehen!“ schrie Samuel. „Ich verlange, daß die Kirchenvorsteher mich anhören. Habe das Recht, gehört zu werden. Ich sprach die Wahrheit, einzig und allein die Wahrheit!“

„Was will denn der Bursche?“ fragte einer der Kirchenvorsteher, ein junger Rechtsanwalt namens Hamerton. Sein freundliches Gesicht war Samuel schon früher aufgefallen. Als der Bursche nun in den Zügen des Rechtsanwalts Neugierde und Interesse bemerkte, eilte er auf ihn zu, bat: „Gestatten Sie nicht, daß ich fortgejagt werde, ehe man mich angehört hat.“

„Sie haben sofort das Zimmer zu verlassen!“ rief Herr Hickman abermals.



„Sie haben den Stadtrat bestochen!“ tobte Samuel. „Sie bestachen ihn, um die Wasserkonzession zu erlangen! Es ist wahr, Sie wissen, daß es wahr ist, wagen nicht, es zu leugnen!“

Herr Hickman war puterrot vor Zorn. „Das ist eine verdammte Lüge!“ brüllte er. „Ich sprach mit einem der Männer, der sich bestechen ließ“, rief Samuel. „Jeder dieser zehn Leute erhielt zweitausend Dollar.“

„Wie heißt der Mann?“ brüllte Hickman. „Den Namen kann ich nicht nennen, es wurde mir im Vertrauen mitgeteilt“, erklärte Samuel.

„Aha“, lachte Hickman, „also nichts weiter als eine gemeine Verleumdung.“

„Es ist die Wahrheit“, widersprach Samuel. „Pastor Vince, Sie wissen, daß ich die Wahrheit spreche, weshalb sollte ich etwas Derartiges erfinden?“

„Ich erklärte Ihnen bereits, Samuel, daß ich mit der Angelegenheit nichts zu tun haben will“, sprach der Pastor.

„Ich bin bereit, jeden der Kirchenvorsteher mit meinem Gewährsmann zusammenzubringen“, sagte Samuel. „Jeder kann selbst über die Angelegenheit Erkundigungen einziehen. Herr Wygant gab selbst zu, daß er Slattery bestochen habe, um die Konzessionen zu erlangen.“

Nun mischte sich auch Herr Wygant in die Kontroverse, brüllte: „Wie?“

„Selbstverständlich taten Sie es“, entgegnete Samuel. „Gaben Sie es etwa nicht heute nachmittag zu?“

„Ich tat nichts dergleichen.“

„Sie behaupteten, alle Menschen täten es, man könne es gar nicht vermeiden. Nannten es die ‚Konkurrenz des Kapitals‘.“

„Das Ganze ist eine gemeine Frechheit“, wütete Herr Hickman. „Fort! Hinaus mit Ihnen!“

„Die Armen dieser Stadt“, rief Samuel, „leiden und sterben, werden geraubt und unterdrückt. Soll das denn immer so weitergehen?“

„Samuel, hier ist nicht der rechte Ort, diese Frage zu besprechen“, warf der Pastor ein.

„Weshalb nicht, Herr Pastor? Die Schuldigen sitzen im Kirchenvorstand. Dadurch schänden sie die Kirche vor den Augen der ganzen Welt. Und dies ist die Kirche Christi.“

„Sie fangen es falsch an, mein Junge“, begütigte Herr Hamerton, der mit Unruhe Samuels Augen auf sich gehettet sah.

„Wieso? Trieb Jesu nicht die Geldwechsler mit Schlägen aus dem Tempel?“

Samuels letzte Bemerkung verursachte peinliches Schweigen. Jeder wollte den anderen zuerst das Wort ergreifen lassen.

„Wird uns nicht gelehrt, Jesu Beispiel zu folgen, Herr Pastor?“ fragte Samuel.

„Nicht in diesem Sinne, Samuel“, erwiderte der tödlich erschrockene Pastor.

„Jesus war Gott, und wir können nicht...“

„Das ist eine Ausrade! Sie sagen, Jesus war Gott, und deshalb brauchen wir nicht das zu tun, was er uns geboten hat. Ich aber glaube nicht, daß er in diesem Sinne Gott war. Er war ein Mensch wie Sie und ich. Ein armer Mann, der litt und hungerte. Und die Reichen seiner Tage verachteten ihn, spien ihm ins Gesicht, kreuzigten ihn.“

Nun stürzte sich ein anderer Kirchenvorsteher in die Arena, der ehrwürdige Herr Curtis, der einem griechischen Gott gleich. „Junge, sie weigern sich, aus der Kirche auszuscheiden zu werden — und geben doch selbst zu, daß Sie ein Ungläubiger sind.“

„Vielleicht bin ich ein Ungläubiger, Herr Curtis“, entgegnete Samuel rasch, „aber ich

habe nie an Slattery zweihundert Dollar gezahlt, um den Bürgersteig mit meinen Kisten verstellen zu können.“

Von diesem Augenblick an nahm Herr Curtis an der Diskussion nicht mehr teil.

„Die Kirche stieß auch Jesus aus.“ Samuel nützte die eingetretene Verwirrung.

„Dies taten die Reichen und Mächtigen der Kirche. Und Jesus sprach ganz anders über diese Menschen, als ich es tue; er sagte: ‚Weh! euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler. Ihr Schlangen, ihr Ottergezücht! Wie wollt ihr der höllischen Verdammnis ertrinnen?‘ Wäre Jesus heute hier, er stünde an meiner Seite — und die reichen Verbrecher, die im Kirchenvorstand sitzen, würden ihn abermals ausstoßen. Ihr habt ihn ja schon ausgestoßen! Ihr verschlosset euer Ohr der Klage der Unterdrückten — ihr verhöhntet Gerechtigkeit und Wahrheit. Ihr kreuzigt ihn täglich von neuem!“

„Das ist unerhört! Ist Gotteslästerung!“ schrie Herr Hickman.

„Dem muß sofort ein Ende gemacht werden!“ erklärte Herr Wygant. Und Samuel wußte, daß Herr Wygant es verstand, Gehorsam zu erzwingen.

„Will mich denn niemand anhören“, sprach er. „Herr Hamerton, wollen nicht Sie mir beistehen?“

„Was verlangen Sie von uns?“ fragte Herr Hamerton.

„Der Kirchenvorstand soll meine Behauptungen untersuchen; es muß festgestellt werden, ob tatsächlich Kirchenvorsteher von Sankt Matthäus den Stadtrat von Lockmanville bestochen haben. Und wenn das wahr ist, so sollt ihr diese Leute aus der Kirche stoßen. Für sie ist in der Kirche kein Platz, Herr Hamerton. Menschen, die nichts anderes anstreben, als andere zu schädigen und zu berauben! Menschen, die gleich Herrn Wygant, ganz offen zugeben, daß es nötig sei, Gesetzgeber zu bestechen, um mehr Geld zu machen! Diese Menschen schänden die Kirche, hindern sie daran, ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie sind die Feinde, die die Kirche bekämpfen müßte...“

„Kamen wir her, um uns von dem vermaledeiten Burschen eine Predigt halten zu lassen?“ wütete Herr Hickman.

„Gehen Sie, Samuel!“ gebot der Pastor.

„Es will mir also keiner beistehen?“

„Ich sagte Ihnen bereits, daß Sie auf diese Art nichts erreichen würden. Gehen Sie!“

„Gut!“ rief der Bursche verzweifelt. „Ich gehe. Aber ich nehme den Kampf auf, werde euch vor der ganzen Welt bloßstellen, eure Verbrechen enthüllen. Das Volk soll auch im wahren Licht sehen: Feiglinge, Heuchler, Betrüger! Räuber am Gemeingut! Verderber des Staates!“

„Hinaus, gemeiner Schurke!“ brüllte Herr Hickman und trat drohend auf Samuel zu.

Glühend vor Zorn wies dieser mit dem Finger auf ihn: „Sie, Henry Hickman, sind der ärgste von allen! Sie, der große Rechtsanwalt, der bedeutende Politiker! Ich kenne die Niedrigsten, verkehrte mit Gastwirten und Verbrechern, mit Zöllnern, Huren und Dieben — aber unter diesen fand ich keinen, der so erbarmungslos und hart war wie Sie. Sie wollen ein Christ sein? Sie gleichen ja dem römischen Soldaten, der Jesus ins Gesicht spie!“

Damit wandte sich Samuel um, verließ die Sakristei und schlug dem großen Rechtsanwalt dröhnend die Tür vor der Nase zu.

Dann wanderte er einige Stunden durch die Straßen, um seines Kummers und seines Zornes Herr zu werden. Heimgekehrt sah er mit Erstaunen, daß Sophie noch auf war; sie hatte die ganze Zeit auf ihn gewartet. Mit verhaltenem Atem lauschte sie seiner Erzählung, dann sprach sie: „Auch ich versuchte, etwas zu tun.“

„Was?“

„Ich suchte die kleine Ethel auf.“

„Ethel Vince?“

„Ja, sie ist Ihre Freundin; ich bat sie, sie möge verhindern, daß ihr Vater Sie fortjagt.“

„Und was geschah?“

„Ethel weinte, war sehr traurig. Sie sagte, sie wisse, daß Sie ein guter Junge seien, und sie würde nicht rasten, bis ihr Vater Sie wieder angestellt hat.“

„Wirklich?“ rief Samuel erstaunt.

„Ja, Samuel, aber dann kam Ethels Mutter.“

„Was geschah?“

„Sie zankte mit mir. War sehr zornig. Sie sagte, ich hätte kein Recht, dem Kind Lügen über seinen Onkel zu erzählen. Und sie wollte mich nicht anhören, jagte mich aus dem Haus.“

Sophie verstummte. Schließlich flüsterte sie: „Ich fürchte, daß ich nichts ausgerichtet habe. Wir werden ganz allein vorgehen müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Ethel weinte, war sehr traurig. Sie sagte, sie wisse, daß Sie ein guter Junge seien, und sie würde nicht rasten, bis ihr Vater Sie wieder angestellt hat.“

„Wirklich?“ rief Samuel erstaunt.

„Ja, Samuel, aber dann kam Ethels Mutter.“

„Was geschah?“

„Sie zankte mit mir. War sehr zornig. Sie sagte, ich hätte kein Recht, dem Kind Lügen über seinen Onkel zu erzählen. Und sie wollte mich nicht anhören, jagte mich aus dem Haus.“

Sophie verstummte. Schließlich flüsterte sie: „Ich fürchte, daß ich nichts ausgerichtet habe. Wir werden ganz allein vorgehen müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmelsstürmer

Stephenson schuf die erste Lokomotive. Ihr Schöpfer starb, sie blieb am Leben. Sie gebar viele Kinder, die ihrerseits wieder Kinder gebären und so fort. Diese Nachkommenschaft wurde tüchtiger von Jahr zu Jahr. Sie nahm zu an äußerem Glanz, innerer Zweckmäßigkeit. Die Lebenskraft dieser Generation stählerner Schienenpferde war der Wasserdampf. Räder rollten auf neu gelegten Schienenstraßen über die Erde. Menschen und Vieh wurden befördert, ganze Landstriche erschlossen. Urwälder kamen näher, große Entfernungen verloren ihr sphinxhaftes Gesicht, die Fremde war keine Fremde mehr. Die Erdkugel schrumpfte ein und wurde kleiner. Die Herrschaft des Wasserdampfes währte genau ein halbes Jahrhundert. Ein anderer Mann aus dem Stamme der Stephensons fuhr mit einer Bürste über ein Stück Bernstein und entlockte ihm Funken. Ein dritter Mann stellte ein Ölgemisch her und speiste damit eine kleine Maschine. Der ersten Kraftquelle entsprangen künstliche Sonnen und Gefährte, die ohne Wasserdampf laufen konnten. Das Ölgemisch brachte viel Gestank über die Landstraßen der Welt und schuf eine neue Industrie, die des Automobils. Das Dampfrohr kam schneller vorwärts als Mensch und Pferd, die elektrischen Bahnen schneller als das Dampfrohr, das Automobil schneller als die elektrische Bahn. Die gute Seite dieser von Menschen geschaffenen Halbwesen war die Geschwindigkeit. Die Entfernungen wurden noch geringer und die Erde schrumpfte noch mehr ein.

Und während sich all dies abspielte, neidete der Mensch dem Vogel seinen Flug, und wieder kam einer vom Schlage Stephensons und baute eine Maschine, die durch die Luft flog wie ein Vogel oder Insekt. Jetzt waren alle Elemente erobert, und da geschah etwas Unheimliches: Der gute Geist Geschwindigkeit verwandelte sich in einen Teufel. Männer kamen und Männer, einer wollte immer schneller sein als der andere. Und die Menschen stifteten Preise, Pokale und geprägte Münzen, um die Tollkühnen noch mehr anzuspornen. Sie nannten das „Rekord“. Im Jahr 1932 betrug die Höchstleistung, der Rekord also, auf dem Gebiet des Sportfluges 436 Kilometer in der Stunde. Mein Großvater hätte sich das nie träumen lassen. Anscheinend war dies aber noch viel zu wenig, und der Teufel in den stählernen Herzen der neu erbauten Maschinen verlangte mehr. Und die Menge schrie nach mehr. Und die Zeitungen brachten fette Überschriften, sprachen sich aus über diesen Punkt, wie wenig das sei, 436 Seendenkilometer. Konnte denn keiner mehr bieten? Und die Flugzeugfabriken stifteten neue Preise...

So viel sei vorausgeschickt.

... Vor ein paar Tagen also stand dieses neue Flugzeug, das Letzte vom Letzten, die Rekordmaschine. Stolz der Lüfte, startbereit, doch reglos ohne Ölgemisch und ohne die Hand und das Hirn des Menschen. Unlebendig also und doch gefährlicher als Tiger, Löwen und Giftschlangen. Ein Mensch, wir wissen nichts von ihm, er ist uns nicht verwandt und im Augenblick uns wichtig

